

Beschlussempfehlung und Bericht **des Finanzausschusses (7. Ausschuss)**

zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Peter Rauen, Gerda Hasselfeldt, Dietrich Austermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4097 –

Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Mineralölsteuer und zur Abschaffung der Stromsteuer (Ökosteur-Abschaffungsgesetz)

A. Problem

Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die ökologische Steuerreform rückgängig zu machen.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf – Drucksache 14/4097 – abzulehnen.

Berlin, den 7. Februar 2001

Der Finanzausschuss

Christine Scheel
Vorsitzende

Detlev von Larcher
Berichterstatler

Heinz Seiffert
Berichterstatler

Bericht der Abgeordneten Detlev von Larcher und Heinz Seiffert

1. Verfahrensablauf

Der Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Mineralölsteuer und zur Abschaffung der Stromsteuer (Ökosteuer-Abschaffungsgesetz) – Bundestagsdrucksache 14/4097 – wurde in der 122. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. September 2000 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss, Letzterem auch zur Beratung gemäß § 96 der Geschäftsordnung, überwiesen. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat am 25. Oktober 2000 zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen. Die übrigen mitberatenden Ausschüsse haben am 6. Dezember 2000 zu der Gesetzesvorlage votiert. Sein Votum gemäß § 96 der Geschäftsordnung wird der Haushaltsausschuss gesondert abgegeben. Der Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf am 7. Februar 2001 beraten. Am 15. November 2000 hat er eine öffentliche Anhörung zu der Gesetzesvorlage durchgeführt.

2. Inhalt der Vorlage

Der von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Mineralölsteuer und zur Abschaffung der Stromsteuer (Ökosteuer-Abschaffungsgesetz) – Bundestagsdrucksache 14/4097 – zielt auf die Rückgängigmachung der ökologischen Steuerreform, die mit dem Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform vom 24. März 1999 und dem Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform vom 16. Dezember 1999 realisiert worden ist. Dadurch sollen die Erhöhungen der Mineralölsteuer sowie die Einführung und Erhöhungen der Stromsteuer, die im Rahmen dieser Reform beschlossen worden sind, zurückgenommen werden. Die Fraktion der CDU/CSU begründet ihren Gesetzentwurf damit, dass sich die Ökosteuer zu einer Belastung für die Bürger, die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und den Umweltschutz entwickelt habe. Diese Steuer, die als Querfinanzierungsinstrument für die Rentenversicherung konzipiert worden sei, führe zu einem Grundwiderspruch zwischen den Zielen der dauerhaften Einnahmeerzielung zugunsten dieser Versicherung und der ökologischen Lenkungswirkung. Sie schwäche außerdem die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft, belaste die neuen Bundesländer überproportional und sei sozial in hohem Maße unausgewogen.

3. Öffentliche Anhörung

Der Finanzausschuss hat am 15. November 2000 eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchgeführt, bei der folgende Einzelsachverständige, Verbände und Institutionen Gelegenheit hatten, zu der Gesetzesvorlage Stellung zu nehmen:

Prof. Dr. Wolfgang Arndt
 Prof. Dr. Martin Jänicke
 Prof. Dr. Mohssen Massarrat
 Prof. Dr. Bert Rürup
 Prof. Dr. Wolfgang Schön
 Dr. Dieter Ewringmann
 ADAC
 Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen
 Bund der Steuerzahler
 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
 Bundesverband der Deutschen Industrie
 Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen
 Bundesverband Güterkraftverkehr und Logistik
 Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
 Deutscher Bauernverband
 Deutscher Gewerkschaftsbund
 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
 Förderverein Ökologische Steuerreform
 Fraunhofer Institut
 Naturschutzbund Deutschland
 Ökoinstitut Berlin
 Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
 Umweltbundesamt
 Unternehmensgrün
 Verband der Automobilindustrie
 Verband der Chemischen Industrie
 Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft
 Verband Deutscher Rentenversicherungsträger
 Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung
 Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
 Zentralverband des Deutschen Handwerks
 Zentralverband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer.

Das Wortprotokoll der Anhörung einschließlich der zu dieser Veranstaltung eingereichten schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen steht der Öffentlichkeit zur Verfügung.

4. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

- a) Der **Rechtsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., den Gesetzentwurf abzulehnen.
- b) Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., den Gesetzentwurf abzulehnen.
- c) Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktionen der F.D.P. und PDS abgelehnt.
- d) Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Frak-

tion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., den Gesetzentwurf abzulehnen.

- e) Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
- f) Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., den Gesetzentwurf abzulehnen.
- g) Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., den Gesetzentwurf abzulehnen.
- h) Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktion der SPD und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Vertreters der Fraktion der F.D.P.
- i) Der **Ausschuss für Tourismus** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion der PDS, den Gesetzentwurf abzulehnen.
- j) Der **Haushaltsausschuss** schlägt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS vor, den Gesetzentwurf abzulehnen.

5. Ausschussempfehlung

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs im federführenden Finanzausschuss hat die Fraktion der CDU/CSU den Gesetzentwurf begründet. Sie hat dabei die Auffassung vertreten, dass die Ökosteuer das Wirtschaftswachstum behindere und den Arbeitsmarkt belaste. Hinzu komme, dass diese Steuer die verschiedenen Wirtschaftsbranchen unterschiedlich treffe und dadurch zu Wettbewerbsverzerrungen geführt habe. Dies gelte z. B. für das Speditionsgewerbe, für Omnibusunternehmen und für die Landwirtschaft. Generell benachteiligt durch

die Ökosteuer seien nicht arbeitsintensive Betriebe, weil diese von der Ökosteuer in vollem Umfang belastet, aber durch die aus dem Aufkommen dieser Steuer finanzierte Senkung der Rentenversicherungsbeiträge relativ wenig entlastet würden. Unsozial sei die Ökosteuer im Hinblick auf sozial schwache Bürger wie Rentner, Studenten und Sozialhilfeempfänger sowie im Hinblick auf freie Berufe und Beamte. Diese Bevölkerungsschichten hätten die Mehrbelastungen durch die Ökosteuer zu tragen, profitierten aber nicht von den Beitragssenkungen in der Rentenversicherung. Hinzuweisen sei darauf, dass der Bundeskanzler bei der ersten Stufe der Ökosteuerreform zugesagt habe, eine höhere Energiebesteuerung nur im europäischen Konsens vorzunehmen. Die Gesetze zum Einstieg und zur Fortführung der ökologischen Steuerreform hätten diese Zusage aber nicht beachtet. Aus allen diesen Gründen sei es notwendig, die Ökosteuer zurückzunehmen.

Die Koalitionsfraktionen haben diesen Ausführungen widersprochen. Sie haben argumentiert, dass die Ökosteuer Arbeitsplätze nicht vernichte, sondern im Gegenteil Arbeitsplätze aufbaue, da sie die Rentenversicherungsbeiträge stabil halte. Keine der zur ökologischen Steuerreform unterliegenden Untersuchungen sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Ökosteuer den Arbeitsmarkt belaste. Eine dieser Studien habe vielmehr gezeigt, dass die Ökosteuer 120 000 Arbeitsplätze schaffe. Hinzuweisen sei darauf, dass das Aufkommen der Ökosteuer in vollem Umfang an die Beitragszahler in der Rentenversicherung zurückgegeben werde. Insgesamt sei die Ökosteuer als „Erfolgsstory“ zu werten. Zu fragen sei, mit welchen Instrumenten die Fraktion der CDU/CSU die drohende Klimakatastrophe bekämpfen wolle, wenn sie die Ökosteuer ablehne.

Die Fraktion der PDS hat den Gesetzentwurf abgelehnt, wenngleich die Kritik der Fraktion der CDU/CSU an der Ökosteuer in einigen Punkten berechtigt sei. Sie halte die Ökosteuer weder für ökologisch sinnvoll noch für sozial gerecht. Eine „einfache“ Rücknahme dieser Steuer, wie in dem Gesetzentwurf vorgeschlagen, sei jedoch nicht vertretbar. Erforderlich sei es vielmehr, einen Verzicht auf die Ökosteuer mit einem anderen Konzept für einen ökologischen Lenkungseffekt zu verbinden. Dies sei bei dem vorliegenden Gesetzentwurf jedoch nicht der Fall.

Die Ablehnung des Gesetzentwurfs erfolgte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Berlin, den 7. Februar 2001

Detlev von Larcher
Berichterstatler

Heinz Seiffert
Berichterstatler